



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
(41. Novelle zum ASVG)

Wien, am 19.9.1985
Bucek/Ha

Beamten- Kranken- und Unfallver-
sicherungsgesetz (15. Novelle zum
B-KUVG)

031-667/85

Bauern-Sozialversicherungsgesetz
(9. Novelle zum BSVG)

Gewerbliches Sozialversicherungsge-
setz (10. Novelle zum GSVG)

GESETZENTWURF
53 GE/1985
Datum: 23. SEP. 1985
Verteilt: *[Signature]*

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

[Signature]

Zu den mit Noten vom 9. Juli 1985 zur Begutachtung übermittelten, im Betreff angeführten Gesetzentwürfen erlaubt sich der Österreichische Städtebund folgendes mitzuteilen bzw. anzuregen:

41. Novelle zum ASVG:

Durch die hohe Zahl der Novellierungen wurden der Übersichtlichkeit Schranken gesetzt; es wird daher angeregt, dieses Gesetz zu novellieren. Zu einzelnen Bestimmungen wird ausgeführt:

Zu Art. I Z. 13 lit b (§ 33 Abs. 3):

Da nunmehr Listen aller Versicherten mit Versicherungsnummer und Beitragsgrundlage zu erstellen sind, ergibt sich für die Gemeinden als Dienstgeber ein nicht unerheblicher Mehraufwand.

Zu Art. IV Z. 13 (§ 311 Abs. 5):

Nach dieser Bestimmung soll die Berechnung des Überweisungsbeitrages auf Grund eines fiktiven Monatsbezuges erfolgen, und dies ohne Rücksicht auf allfällige Hemmung des Vorrückungszeitraumes durch einen Karenzurlaub nach § 15 Mutterschutzgesetz. Bei dieser Bestimmung wäre daher auf die aufgezeigte Möglichkeit Bedacht zu nehmen.

9. Novelle zum BSVG:

Die Bestimmung des § 5 Abs. 2 Z. 2 des Entwurfes könnte eine Handhabe dafür bieten, daß Landwirte infolge Verehelichung mit einer Magistratsbeamtin als "beitragsfrei - mitversicherter Angehöriger" Leistungsansprüche bei der Krankenfürsorgeeinrichtung geltend machen, zumal sie (aufgrund der vorgesehenen Ausnahmebestimmung des § 5 Abs. 2 BSVG) nicht zu jenem Personenkreis zählen, der nach den Vorschriften über die gesetzliche Krankenversicherung versichert ist.

Der Österreichische Städtebund regt daher an, § 5 Abs. 2 Z. 2 Bauern-Sozialversicherungsgesetz dahingehend zu ändern, daß Personen, deren Ehegatten infolge eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses bei einer eigenen Krankenfürsorgeeinrichtung versichert sind, von der Pflichtversicherung nicht ausgenommen sind.

Gegen die Entwürfe einer 15. B-KUVG-Novelle und einer 10. GSVG-Novelle werden seitens des Österreichischen Städtebundes keine Einwände erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Reinhold Suttner)
Generalsekretär